

Pressemitteilung

Caritasverband der Erzdiözese München
und Freising e.V.

Caritas appelliert an Bayerische Staatsregierung Flüchtlinge müssen Zugang zu Arbeit und Ausbildung bekommen Abschiebestopp für afghanische Flüchtlinge gefordert

München, 3. Februar 2017. Der Caritasverband der Erzdiözese München und Freising appelliert an die Bayerische Staatsregierung, ihre Haltung im Umgang mit Flüchtlingen zu ändern. „Die Verwaltungsanweisung des Innenministeriums legt das Bundesintegrationsgesetz restriktiv aus und macht damit dessen gute Ansätze für eine gelingende Integration zunichte“, kritisiert Caritasdirektor Prälat Hans Lindenberger. Asylsuchende müssten Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen, solange sie in Deutschland leben, und junge Menschen auch ohne sicheren Aufenthaltsstatus müssten die Möglichkeit zur Ausbildung erhalten. Ferner fordert Lindenberger den sofortigen Stopp der Abschiebungen nach Afghanistan.

Zugang von Asylsuchenden zum Arbeitsmarkt

Derzeit seien die in der Beratung und Betreuung tätigen Mitarbeitenden der Caritas mit dem großen Unverständnis und der Frustration sowohl der Flüchtlinge wie auch der Arbeitgeber konfrontiert, dass bewährte Beschäftigungsverhältnisse aufgrund der Interministeriellen Weisung vom 1. 9. 2016 beendet werden müssen, so Lindenberger. Angesichts Tausender unbesetzter Arbeitsplätze in Bayern fordert die Caritas, dass unabhängig vom Aufenthaltsstatus auch noch nicht anerkannten Flüchtlingen die Chance eingeräumt wird, ihren Lebensunterhalt zumindest anteilig selbst zu verdienen. Erwerbstätige Flüchtlinge ersparten Sozialkosten und fänden sich schneller mit den kulturellen Gegebenheiten in Bayern zurecht. Ohne Perspektive seien sie eher gefährdet für radikale und extremistische Einstellungen sowohl in Deutschland als auch bei einer Rückkehr in ihre Herkunftsländer. Mit ihrem selbst verdienten Geld trügen sie durch Transferleistungen zur wirtschaftlichen Entwicklung und sozialen Stabilisierung in ihren Heimatländern bei. Dies bekämpfe auch Fluchtursachen.

Möglichkeit zur Ausbildung auch für junge Menschen ohne sicheren Aufenthaltsstatus

Bildung und Ausbildung sei ein Menschenrecht, stellt die Caritas fest. Der Mangel an Bewerber/innen für viele Ausbildungsberufe in Handwerk und Pflege sei gravierend. Die alternde deutsche Gesellschaft sei darauf angewiesen, dass junge Menschen vor allem in diesen Berufsfeldern ausgebildet werden. Junge Flüchtlinge, die sich auf einen beruflichen Einstieg vorbereiten, verlören jede Motivation, wenn ihnen die Ausbildungsperspektive genommen wird. Gerade sie würden anfällig für kriminelles Verhalten und extremistische Anschauungen. Eine Berufsausbildung sei eine sinnvolle Investition und eine hervorragende Form der Entwicklungshilfe, mit der ein junger Mensch auch bei einer Rückkehr in sein Heimatland seine Existenz sichern könne.

Stopp der Abschiebungen nach Afghanistan

Die Caritas fordert ferner einen sofortigen Stopp der Rückführung von Menschen aus Afghanistan und eine Bleibeperspektive. Nach Auskunft des UNHCR vom Dezember 2016 gebe es in dem Land keine sicheren Gebiete. Afghanische Asylsuchende seien im Sinne des UNHCR schutzbedürftig. Sicherlich könnten Flüchtlinge, die sich strafbar gemacht haben, nicht erwarten, in Deutschland bleiben zu können. Doch bei den Abschiebungen der letzten Monate seien die allermeisten unbescholtene Menschen gewesen, die sogar direkt von ihrem Arbeitsplatz weggerissen wurden. „Das entspricht in keiner Weise einem menschlich-würdevollen Umgang und ist weder mit dem christlichen Menschenbild noch mit unseren gesellschaftlichen Werten vereinbar“, so der Caritasdirektor. (ua/md)

Pressestelle

Leitung: Adelheid Utters-Adam
Referentinnen: Marion Müller-Ranetsberger
Manuela Dillmeier
Valentina-Anna Rätz

Telefon: (089) 55 169 228
Telefax: (089) 55 169 577
pressestelle@caritasmuenchen.de

Hirtenstr. 4
80335 München
www.caritas-nah-am-naechsten.de

